

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 32 (1991)
Heft: 13

Artikel: Wie hilft der Westen?
Autor: Pozsgai, Josef
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093305>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Wie hilft der Westen?

Der Aufruf des politisch wiedererstarkten Gorbatschow an den Westen, seine Politik der Perestrojka, die Umgestaltung der Sowjetunion finanziell zu unterstützen, stellt die USA und die EG-Staaten vor ein Dilemma.

Der dramatische Appell des Kremlführers am 5. Juni in Oslo, wo er seine verspätete Dankesrede für den Friedensnobelpreis gehalten hatte, wirkte ungewöhnlich, denn der sowjetische Präsident hat zum erstenmal offen zugegeben, dass seine Politik sich auf dem Höhepunkt ihrer Krise befinde und dass beim Scheitern eine soziale und politische Explosion drohe. So nahm seine Bitte auch ultimativen Charakter an, zumal er betonte: «Wir nähern uns nun dem kritischen Punkt, an dem die Gemeinschaft der Welt ihre Haltung zur UdSSR festlegen und danach handeln muss.»

Die mittlerweile auf 250 Milliarden Dollar in fünf Jahren bezifferte westliche Hilfe, welche die Sowjetunion erhalten sollte, stellt eine Summe dar, welche die westlichen Industrieländer zwar aufbringen könnten, aber wohl nicht ohne einen politischen und wirtschaftlichen Gegenwert zur Verfügung stellen dürften. Im Hinblick auf den bankrotten Zustand der Sowjetwirtschaft wäre es für Gorbatschow zweifellos nützlich, wenn der Westen zugleich die Rolle des Konkursverwalters übernehmen könnte, weil das Zielgebiet «Marktwirtschaft» für die Lenker der gegenwärtigen sowjetischen Wirtschaft in allen Ebenen ein unbekanntes Terrain ist. Doch ein intensives westliches Eingreifen in die inneren Angelegenheiten des Sowjetstaates wäre für den Kremlführer heute noch kaum akzeptabel.

Dass die westliche Allianz Gorbatschow und seine Politik unterstützen soll, daran besteht allerdings kein Zweifel. Die Einstellung der weltweiten sowjetischen Expansionspolitik, die Freigabe der besetzten mittel- und osteuropäischen Länder, die Zustimmung zur deutschen Einheit – eine diametrale Wende der Aussenpolitik Moskaus nach 40 Jahren also – sind mit Gorbatschows Namen verbunden und signalisieren einen Trend, der gefördert und belohnt werden sollte.

Wie kann aber Gorbatschow geholfen werden? Das westliche Argument, die

gewünschten 250 Milliarden Dollar dürfe man nicht in «ein Fass ohne Boden» werfen, ist völlig richtig. Die Wirtschaft der Sowjetunion funktioniert nicht mehr und steht kurz vor dem Zusammenbruch bei einer innenpolitischen Krise, deren Ende noch nicht abzusehen ist. Die Parteibonzen und die militärische Führung blockierten ja seit sechs Jahren den notwendigen politischen und wirtschaftlichen Systemwechsel, weil sie den Sowjetstaat mit all seinen wirtschaftlichen Einrichtungen als ihren persönlichen Besitz betrachten, auf den sie keineswegs verzichten wollen.

Das ist die entideologisierte Wahrheit. Jeder denkende Sowjetbürger weiss seit langem und nicht nur seit Gorbatschow, dass das Sowjetmodell kläglich versagt hat. Nur ein totaler Systemwechsel (Entmachtung der Staatspartei, Einführung der Marktwirtschaft mit dem Recht aller Bürger auf Privatbesitz an Produktionsmitteln) könnte die Karre aus dem Dreck ziehen. Aber die alte Machtelite (die Nomenklatura) wehrt sich mit allen Mitteln gegen den unerlässlichen Besitzwechsel, gegen die Privatisierung der Wirtschaft und sagte Gorbatschow im vergangenen Jahr offen den Kampf an.

Der Kremlführer war leicht verwundbar, denn sein erster Versuch mit der Demokratie (Glasnost = Meinungsfreiheit) ermutigte die nichtrussischen Völker im Baltikum, in Moldawien und am Kaukasus, ihre Loslösung von der Sowjetunion zu fordern. Dem Vorwurf seiner Gegner, dass seine Politik zum Zerfall der UdSSR führte, vermochte der Sowjetführer wenig entgegenzusetzen. Mit dieser Entwicklung hat er nämlich eingeständenermassen nicht gerechnet. Seine Position war im Herbst 1990 so stark geschwächt, dass er auf fast allen Ebenen Rückzieher machen musste, um sich vor dem Sturz zu retten. Hätten die «konservativen» Kommunisten zu dieser Zeit einen vorzeigbaren Gegenkandidaten gehabt, wären Glasnost und Perestrojka schon längst begraben.

Es gibt Gründe für die Annahme, dass Gorbatschow vor allem Jelzin danken kann, dass er sich heute wieder fester im Sattel fühlen kann. Der populäre Radikalreformer, der am 12. Juni zum Präsidenten der Russischen Republik gewählt wurde, machte mehrmals mit Massendemonstration für

Demokratie und Marktwirtschaft deutlich, dass der Kampf um die Macht nicht wie bisher nur hinter den Kremldauern stattfindet. Die alles besitzende Machtelite musste zur Kenntnis nehmen, dass man gegen die mündig gewordenen Sowjetbürger mit den brutalen alten Machtmitteln heute nicht mehr vorgehen kann. Der grosse Bergarbeiterstreik hat der Nomenklatura nahegelegt, dass die Bevölkerung die Schwelle der Angst überschritten hat. Aus diesem Grund könnte nun kein sowjetischer General davon ausgehen, dass seine Soldaten im Falle eines Bürgerkrieges ihm blindlings folgen würden.

Die alten Machtstrukturen befinden sich heute in der Sowjetunion überall in Auflösung. Neben dem wirtschaftlichen läuft parallel auch der politische Zusammenbruch. Zum Glück für Gorbatschow, weil sich die Machtelite, seine Opposition, dabei äusserst verunsichert fühlt.

All dies bedeutet bei weitem noch nicht, dass der Machtkampf schon bald beendet sein wird. Die noch immer starken Fraktionen der Reformgegner in der Partei- und Militärführung werden das Feld bestimmt nicht ohne Widerstand räumen. Putschversuche und Bürgerkrieg sind immer noch möglich. Die Waffenarsenale stehen grösstenteils noch immer unter ihrer Verfügungsgewalt. Gorbatschow hat noch keine Divisionen. Eine äusserst heikle Frage dabei: Was geschieht mit den Atomwaffen im Falle eines Bürgerkrieges? Falls die Anwendung von nuklearen Waffen im Machtkampf als Drohung in Frage käme, könnte die westliche Allianz dem gefährlichen Spiel keineswegs untätig zusehen.

So stellt sich die Frage: Wie können Amerikaner und Westeuropäer Gorbatschow in seiner prekären Lage jetzt schon helfen? Gewiss nicht damit, dass für ihn ein Konto mit 250 Milliarden Dollar eröffnet wird, von dem er Beträge nach Belieben abrufen darf. Solange der Machtkampf im Kreml nicht entschieden ist, solange wäre es töricht, die wirtschaftlichen Nöte der Sowjetunion zu finanzieren.

Bei unklaren Machtverhältnissen in der Moskauer Zentrale könnte übrigens eine grossangelegte westliche Finanzhilfe für Gorbatschow politisch tödlich sein. Damit lieferte er seinen Gegnern nur Argumente, dass er ein «Mann des Westens» sei und auf den Zerfall der Sowjetunion hinarbeite, was ihm schon im Dezember vergangenen Jahres vorgeworfen wurde. Zuviel politisches Lob für ihn aus den NATO-Staaten ist genauso schädlich. Dass Gorbatschow schliesslich den Machtkampf gewinnt – das ist ja das vorrangige Interesse des Westens zurzeit, dafür können jedoch die Regierungen der NATO- und der EG-Länder sehr viel tun, wenn sie ihm gezielt persönlich auch mit finanziellen Mitteln helfen. An einer von seinen Gegnern herbeigeführten Versorgungskrise darf er beispielsweise nicht scheitern. So war es richtig, dass US-Präsident Bush

ihm Mitte Juni einen Kredit in Höhe von 1,5 Milliarden Dollar für Lebensmittelkäufe in den USA gewährte.

Nach der Logik der Dinge erscheint ein dreistufiges zweckgebundenes Hilfsprogramm für die Sowjetunion angebracht:

1. Finanzielle und politische Hilfsbereitschaft für Gorbatschow, um ihm eine Chance zu geben, sich im Machtkampf endgültig durchzusetzen. Hier können freilich nur Finanzhilfen in bescheidenerem Rahmen in Frage kommen und keinesfalls unwiderrufbare politische Vorleistungen.

2. Falls der Kremlführer sich durchsetzt und ohne Einschränkungen regieren kann, sollte man der Sowjetunion dann auch grössere «Überbrückungskredite» gewähren, vorausgesetzt, Gorbatschow legt in dieser zweiten Phase ein «kreditwürdiges» politisches und wirtschaftliches Programm vor. Er dürfte beispielsweise die baltischen Staaten nicht zum Verbleiben in der Union mit militärischer Gewalt zwingen. Finanzhilfen für eine Mischwirtschaft (ein bisschen Planwirtschaft und ein bisschen Marktwirtschaft), wie es Gorbatschow einmal schon verkündete, wären kaum zweckmässig, zumal eine solche Wirtschaftsordnung ohnehin nicht funktionsfähig ist. Er muss die Wirtschaft entstaatlichen und privatisieren.

3. Wenn sich der Sowjetführer zu einer freien Wirtschaftsordnung und zu einer pluralistischen Demokratie bekennt und dazu auch die notwendigen Gesetze präsentiert, kann der Kredithahn des Westens erst voll aufgedreht werden. Hier soll bemerkt werden, daß die Sowjetunion beim Übergang zur Marktwirtschaft – nach osteuropäischen Erfahrungen – bei der Kreditverwendung auch westliche geistige Hilfe brauche. Insbesondere sollte ein neues Bankensystem durch westliche Finanzexperten aufgebaut werden. Sonst droht ein früher Kollaps aus Mangel an Erfahrungen.

Die Wahl Jelzins zum Präsidenten der grössten Sowjetrepublik, Russlands, dürfte Gorbatschow einen entscheidenden Schub geben, seine Politik unionsweit verwirklichen zu können. Zwischen beiden Politikern gibt es vermutlich eine stillschweigende Übereinkunft, einander zu helfen – trotz der gegenseitigen Kritik und gelegentlicher Beschimpfungen. Als Gorbatschow in den vergangenen Monaten unter dem Druck seiner Opposition aus taktischen Gründen zurückwich, trug Jelzin die Fahne der Perestrojka mit grosser Vehemenz weiter. Man kann nun davon ausgehen, dass Russlands neuer Präsident künftig die Politik von Gorbatschow viel radikaler und auch wirksamer vertreten wird als der Erfinder von Glasnost und Perestrojka. Er hat dabei weniger Risiken als der Kremlchef. Mögliche Versuchen mancher westlicher Regierungen, Jelzin daher gegen Gorbatschow auszuspielen, wären falsch.

Georg Bruderer

Die grossen Lügen des Grossen Vaterländischen Krieges

Den ersten Teil des 2. Weltkrieges verbrachte die Sowjetunion als Verbündete des nationalsozialistischen Deutschlands, mit dem sie die polnische und die baltische Beute teilte. Aber dann überfiel der eine Diktator den andern, und der Grosse Vaterländische Krieg begann. Aber nicht einmal dieser ehrenhafte zweite Teil des Weltkrieges mit seiner Verteidigung gegen den Aggressor durfte bis jetzt wahrheitsgemäss beschrieben werden. Dem stand die Wahrheit der Partei entgegen.

Der deutsch-sowjetische Krieg begann im Morgengrauen des 22. Juni 1941, als 188 deutsche Divisionen mit 3500 Panzern, 30 000 Geschützen und Minenwerfern und 4000 Kampfflugzeugen gemäss dem «Barbarossa»-Plan die Westgrenzen der Sowjetunion überschritten. In diesen ersten Tagen des Krieges bestanden die sowjetischen Streitkräfte aus 170 Divisionen mit 9200 Panzern, 46 800 Geschützen und Minenwerfern und 8450 Kampfflugzeugen.

Der Grosse Vaterländische Krieg begann mit einer grossen Lüge, denn als um die Mittagszeit des 22. Juni der sowjetische Aussenminister Molotow am Radio erstmals der Bevölkerung über die Kampfhandlungen berichtete, sprach er vom unerwarteten, überraschenden deutschen Überfall. Dies war eine Lüge, die dann jahrzehntelang nach

dem Krieg wiederholt wurde. Heute weiss jedermann in der Sowjetunion, dass es zahlreiche Warnungen über den bevorstehenden deutschen Angriff gab. Aus den ausländischen diplomatischen Quellen und von eigenen Kundschaftern bekam die sowjetische Führung schon im März/April 1941 die Meldungen, dass Hitler im Mai oder Juni die Sowjetunion angreifen werde. Später wurde das als zweite Junihälfte präzisiert, und schliesslich gab es Meldungen mit der exakten Angabe: «Die Kampfhandlungen werden am 22. Juni beginnen.» Es gibt Dokumente, die beweisen, dass eine dieser ganz genauen Warnungen Stalin vom Kominternchef Georgij Dimitrow übermittelt wurde («Iswestija», 11. 6. 1991).

Trotzdem dementierte die offizielle sowjetische Nachrichtenagentur TASS am 14. Juni, also eine Woche vor Kriegsbeginn, «die Gerüchte über einen bevorstehenden deutschen Angriff». Es war nicht Gutgläubigkeit und Naivität Stalins, als er alle Warnungen über den nahenden Kriegsbeginn in den Wind schlug, dazu war er zu schlau und zu vorsichtig. Nur psychologisch lässt sich der Starrsinn Stalins erklären, der weder sich selbst noch den anderen gegenüber zugeben konnte, dass er mit dem Freundschaftsvertrag mit Hitler einen schweren politischen Fehler begangen hatte. Der ermöglichte den Deutschen, ihre «Freunde» zu übertölpeln.

